

Franchise-Befreiung für Rentner: Die Entscheidung liegt beim Volk

Wenig überraschend sagt die Mehrheit des Landtags Nein zur Volksinitiative der DpL.

Zum zweiten Mal scheitert die DpL im Landtag mit ihrem Anliegen, die Rentner von der Kostenbeteiligung zu befreien. Bereits im September blieb eine entsprechende parlamentarische Initiative in der Minderheit. Nun versuchten es gestern die «DpLer» mit einer Volksinitiative. Aber auch die knapp 3000 gesammelten Unterschriften lösten im Hohen Haus keinen Meinungsumschwung aus. Dem war sich auch Initiant Thomas Rehak (DpL) bewusst, hielt er doch im Eingangsvotum fest: «Wenn der Landtag nicht in der Lage ist, die Rentner finanziell zu entlasten, ist nun das Volk an der Reihe.» Damit deutete er an, dass, wenn eine Volksinitiative vom Landtag abgelehnt wird, es automatisch zu einer Volksabstimmung kommt. Rehak ermahnte aber die Abgeordneten, dass man sich die Kosten für die Abstimmung sparen könnte, wenn der Landtag der Initiative zustimme.

DpL betreiben gezielte Klientelpolitik

Doch aus den anderen Parteien kamen nochmals dieselben Gegenargumente, die bereits im Herbst ins Feld geführt wurden. So betonte Mario Wohlwend (VU), dass «Alter nicht mit Bedürftigkeit gleichzusetzen» ist. Heisst: Durch die Initiative würden auch Rentner entlastet, die sich die Franchise von jährlich 500 Franken gut leisten können.

Im gleichen Sinn kritisierte Daniel Seger (FBP) den Vorstoss als «Giesskanne». Was die DpL hier plane, sei kein vernünftiger Umgang mit Steuergeldern.



Hält die Volksinitiative für nicht zielführend: Gesellschaftsminister Manuel Frick.

Bild: T. Schnalzger

Und Günter Vogt (VU) war der Ansicht, dass die Initianten hier «gezielte Klientelpolitik zulasten der Gesamtbevölkerung» betreiben. Den DpL gehe es nur darum, kurzfristig politische Aufmerksamkeit zu erheischen.

Dankeschön für jene, die viel Steuern zahlen

Es gab aber auch einige Fürsprecher für den DpL-Vorstoss. VU-Fraktionssprecher Manfred Kaufmann meinte: «Die Initiative ist nicht das Gelbe vom Ei, aber sie bringt auch eine Unterstützung für Personen, welche sie brauchen können.» Johannes Kaiser (FBP) hielt fest, dass es wohl besser wäre, beim

«Grundübel anzusetzen und den Rentenstillstand zu beheben.» Aber die Initiative sei ein Schritt in die richtige Richtung. Der Kritik, dass mit der Franchise-Befreiung auch wohlhabende Rentner entlastet werden, hielt Kaiser entgegen: «Die Reichen und Wohlhabenden zahlen viel an die Sozialwerke.» Darum sehe Kaiser in dieser Initiative auch «ein Dankeschön» für jene, die mit ihren Steuern den Grossteil «unseres Staatshaushalts bestreiten».

Weniger Unterstützer als noch im September

Abschliessend meldete sich noch Gesellschaftsminister Ma-

nuel Frick zu Wort. Er verwies darauf, dass mit der Ausweitung der Prämienverbilligung bereits jetzt Bedürftige entlastet werden. Denn immerhin 33 Prozent der Bezüger dieser Verbilligung sind älter als 65 Jahre. Letztlich sprachen sich nur sechs Abgeordnete für die Initiative aus, 19 waren dagegen. Damit wird die Volksinitiative sogar noch deutlicher verworfen als die identische parlamentarische Initiative vom September. Damals befürworteten immerhin zehn Abgeordnete den Vorstoss.

Mit dem Nein des Landtags muss nun innerhalb von drei Monaten eine Volksabstimmung stattfinden. (equ)